

Bürger erhalten Akteneinsicht

Das Land löst mit neuem Informationsgesetz ein Versprechen ein

VON UNSEREM KORRESPONDENTEN
ROLAND MUSCHEL

STUTTGART. Baden-Württembergs Bürger sollen leichteren Zugang zu Behördeninfos erhalten. Innenminister Reinhold Gall (SPD) hat den Regierungsfractionen ein Eckpunktepapier für ein entsprechendes Gesetz vorgelegt.

Die Landesregierung will die Auskunftsrechte der Bürger durch ein Informationsfreiheitsgesetz stärken. Entsprechende Pläne hatte Innenminister Gall dem Kabinett erstmals im Februar mündlich vorgebracht. Inzwischen hat er den Regierungsfractionen schriftlich fixierte Eckpunkte für ein Gesetz zugesandt.

Laut dem vierseitigen Papier, das der Badischen Zeitung vorliegt, sollen einzelne Bürger, aber auch Bürgerinitiativen, Unternehmen und Vereine das Recht erhalten, Akten und Unterlagen der Landes- und Kommunalverwaltungen einzusehen. Die Informationspflicht soll zudem für alle der Aufsicht des Landes unterstehenden rechtsfähigen Anstalten, Stiftungen und Körperschaften des öffentlichen Rechts gelten. Als Beispiele nennt das Papier die Polizeistiftung oder die Tierseuchenkasse. Des Weiteren soll das Gesetz für Unternehmen gelten, die ganz oder mehrheitlich im öffentlichen Besitz sind. Dazu gehört etwa die Flughafen Stuttgart GmbH.

Für die Beantwortung von Auskunftsanträgen will die Koalition enge Fristen setzen. Die Bearbeitung, heißt es im Papier, habe „innerhalb eines Monats zu erfolgen“; in begründeten Fällen seien auch drei Monate möglich.

Eine spezielle Kostenregelung ist bislang nicht vorgesehen; vielmehr soll sich die Höhe der Kosten „an dem durch die Anfrage entstehenden konkreten Aufwand“ orientieren. In Koalitionskreisen heißt es allerdings, dass in der Ausgestaltung des Gesetzes mit einer Obergrenze zu rechnen sei. Um Bürger nicht von vornherein abzuschrecken, beträgt diese Grenze auf Bundesebene 500 Euro. In den meisten Fällen wird gar keine Gebühr erhoben.

Insbesondere den Kommunen will das Land aber das Recht zur „vollen Kostendeckung durch die Erhebung von Gebühren und Auslagen“ einräumen. Hintergrund ist, dass andernfalls das Land als

Verursacher die durch ein Landesgesetz entstehenden Mehrkosten der Kommunen übernehmen müsste.

Das Regelwerk gilt trotz mancher Ausnahme wegen des Datenschutzes oder anderer als schutzwürdig definierter Interessen als Paradigmenwechsel im Verhältnis zwischen Bürger und Staat. Denn damit muss, wer Auskünfte von der Verwaltung verlangt, kein berechtigtes Interesse mehr nachweisen. Vielmehr müssen die Behörden begründen, warum sie im Einzelfall Informationen verweigern.

Der Bund und die Mehrheit der Bundesländer haben für ihre Bereiche bereits ein Informationsfreiheitsgesetz. In Baden-Württemberg wird über eine Einführung seit 2000 diskutiert; die bis 2011 regierende CDU erachtete einen solchen Vorstoß aber als unnötig. Grün-Rot hat dagegen bereits 2011 im Koalitionsvertrag ein Gesetz angekündigt. Grünen-Landeschef Oliver Hildenbrand mahnte dann Ende 2013 bei Innenminister Reinhold Gall (SPD) die Einlösung des Versprechens an und löste damit einen Koalitionsstreit aus. „Wir haben mit den Eckpunkten die Vorarbeiten für ein Informationsfreiheitsgesetz geleistet. Jetzt ist der Gesetzgeber am Zug“, sagte ein Sprecher des Innenministeriums der Badischen Zeitung. Wann die Regierungsfractionen die Vorlage beraten ist offen; das Gesetz soll aber noch 2014 kommen.

Ausnahmen von der Auskunftspflicht sieht die Vorlage für „besonders sensible Bereiche“ vor: Aufgezählt werden unter anderem das Landesamt für Verfassungsschutz, der Landesrechnungshof, Gerichte, Strafverfolgungsbehörden. Ebenfalls nicht unter das neue Gesetz sollen Forschungseinrichtungen, Schulen sowie die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten fallen. Auch die Selbstverwaltungsorganisationen der Wirtschaft und der Freien Berufe sind von der Auskunftspflicht ausgenommen. Informationen, die den Schutz von Geschäfts- oder Betriebsgeheimnissen berühren, müssen ebenfalls nicht herausgerückt werden. Der Zugang zu personenbezogenen Daten setzt die Einwilligung der Betroffenen oder die Abwägung voraus, ob ein „überwiegend öffentliches Informationsinteresse“ vorliegt. Auch die Sicherheit sowie der Schutz „öffentlicher Interessen“ wie etwa die „Funktionsfähigkeit“ der Landesregierung werden höher gewichtet als das neue Auskunftsrecht.